

"Frankreich geht nicht nach Brüssel" in Luxemburger Wort (22. Juli 1965)

Quelle: Luxemburger Wort. Für Wahrheit und Recht. 22.07.1965, Nr. 202; 118e année. Luxembourg: Imprimerie Saint-Paul.

Urheberrecht: (c) Imprimerie Saint-Paul s.a.

URL: [http://www.cvce.eu/obj/"frankreich_geht_nicht_nach_brussel"_in_luxemburger_wort_22_juli_1965-de-82c556ed-2271-4c28-90d9-3999c30d6e0e.html](http://www.cvce.eu/obj/)

Publication date: 15/09/2012

Frankreich geht nicht nach Brüssel

Paris, 22.Juli. (AP) Nach einer Sitzung des französischen Kabinetts hat der französische Informationsminister Alain Peyrefitte gestern erneut bekräftigt, daß Frankreich nicht an der EWG-Ministerratssitzung am 26.Juli in Brüssel teilnehmen wird, auf der ein Kompromißvorschlag zur Finanzierung einer gemeinsamen Agrarpolitik erörtert werden soll.

Auf eine entsprechende Frage eines Pressevertreters sagte Peyrefitte: „Ich erinnere daran, daß Frankreich unter den gegenwärtigen Umständen an keiner Sitzung teilnehmen wird, die den Gemeinsamen Markt betrifft.“

In der Kabinettsitzung hat Außenminister Couve de Murville seinen Kollegen Bericht über die italienisch-französischen Regierungsgespräche erstattet, die anlässlich der Eröffnung des Mont Blanc-Tunnels geführt worden sind und in deren Mittelpunkt die festgefahrene EWG-Politik stand.

Keine deutsch-niederländischen Meinungsverschiedenheiten

Den Haag. Der stellvertretende niederländische Außenminister Leo de Block hat gestern Pressemeldungen dementiert, denen zufolge die Bundesrepublik versucht haben soll, die Niederlande zu einem Kompromiß in der Frage der Finanzierung einer gemeinsamen EWG-Agrarpolitik zu überreden. Die niederländische Zeitung Telegraf wollte erfahren haben, daß der deutsche Staatssekretär Dr. Rolf Lahr sich in der vorigen Woche vergeblich bemüht habe, die Niederlande dazu zu bewegen, die Frage der größeren Kontrollrechte für das europäische Parlament wegen des französischen Widerstandes vorläufig zu den Akten zu legen. De Block bestätigte, mit Lahr eine Routinebesprechung geführt zu haben, und versicherte, daß Bonn und den Haag in der Frage der parlamentarischen Kontrolle der Agrarfinanzierung nach wie vor einer Meinung seien.

Europäisches Parlament hinter EWG-Kommission

Der politische Ausschuß des europäischen Parlaments hat sich gestern in Brüssel mit einer Resolution uneingeschränkt hinter die Vorschläge der EWG-Kommission zur Finanzierung der Landwirtschaftspolitik im Gemeinsamen Markt gestellt. Die Vertreter der großen Parteien in den sechs EWG-Ländern mit Ausnahme dreier gaullistischer UNR-Abgeordneter mißbilligten es, daß Frankreich seine Interessen mit dem Abbruch der Verhandlungen und einem Boykott der gemeinsamen Einrichtungen durchsetzen wolle. Sie schlossen sich der Ansicht des Präsidenten der EWG-Kommission, Hallstein, an, daß die Möglichkeiten des Gesprächs von den EWG-Partnern noch nicht ausgeschöpft seien. Sie äußerten die Überzeugung, daß die EWG-Kommission nicht über den von den römischen Verträgen gesteckten Rahmen hinausgegangen sei, als sie vorgeschlagen habe, die Finanzierung der Landwirtschaftspolitik der EWG der Budgetkontrolle durch das Europäische Parlament zu unterwerfen.

Fanfani bleibt hoffnungsvoll

Der italienische Außenminister Fanfani hat gestern abend in einer Erklärung vor dem außenpolitischen Ausschuß der Abgeordnetenkammer der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß Frankreich doch noch am 26.Juli an der EWG-Ministerratssitzung in Brüssel teilnehmen und versuchen werde, den toten Punkt zu überwinden.

Fanfani wies darauf hin, daß beide Seiten seit dem Abbruch der Beratungen am ersten Juli Gelegenheit zur Darstellung ihrer Standpunkte gehabt hätten. Er selber ziehe es vor, sich an der Kontroverse nicht zu beteiligen, aber die kommende Sitzung am 26.Juli biete eine gute Gelegenheit, das Gespräch wiederaufzunehmen. Es sei zu hoffen, daß Frankreich doch noch an diesem Gespräch teilnehmen werde.

Auf andere Themen eingehend, versicherte Fanfani, daß Italien jedes Bemühen um die Wiederherstellung des Friedens in Südostasien unterstütze.

